

# ZUR FRAGE DER APARTHEIT

Exported from Holy-Writings.com on 2026-07-06 — 1 clipping

## ZUR FRAGE DER APARTHEIT

Die Prinzipien und Grundaussagen der Bahá'í-Religion sind in letzter Zeit bei verschiedenen Gelegenheiten Teil der öffentlichen Diskussion auch in der Bundesrepublik Deutschland geworden. Im von den Vereinten Nationen proklamierten »internationalen Jahr des Friedens« 1986 setzten sich die Bahá'í in Dutzenden von Podiumsgesprächen, Symposien und Vortragsveranstaltungen für den Gedanken des Friedens und der Einheit der Menschheit ein. Dabei führten sie mit evangelischen und katholischen Theologen, Universitätsprofessoren und Politikern, darunter Mitgliedern des Deutschen Bundestags, oft fruchtbare Dialoge. Den Auftakt zu diesem verstärkten öffentlichen Engagement der Bahá'í-Gemeinde bildete ein Aufruf des Universalen Hauses der Gerechtigkeit, der höchsten Führungsinstitution der Bahá'í-Welt, anlässlich des internationalen Jahres des Friedens an die Völker der Welt. In diesem Aufruf wird der Rassismus Steines der verhängnisvollsten, hartnäckigsten Übel, ein Haupthindernis für den Frieden.. genannt und weiter ausgeführt: »Wo er herrscht, wird die Menschenwürde zu schändlich verletzt, als daß es unter irgendeinem Vorwand gebilligt werden könnte. Der Rassismus hemmt die Entfaltung der unbegrenzten Möglichkeiten seiner Opfer, korrumpiert die Täter und vereitelt den menschlichen Fortschritt. Die Einheit der Menschheit, vollzogen durch geeignete rechtliche Maßnahmen, muß allgemein gültig anerkannt werden, wenn dieses Problem überwunden werden soll... Die hier veröffentlichte Stellungnahme führt den Grundgedanken der Überwindung des Rassismus weiter aus. Verfaßt wurde sie von dem im Jahre 1984 vom Universalen Haus der Gerechtigkeit gegründeten Informationsbüro der Bahá'í International Community in Haifa.

Vor etwas mehr als einhundert Jahren erklärte Bahá'u'lláh, der Stifter der Bahá'í-Religion, die Menschheit trete in ein neues Zeitalter ihrer Geschichte ein, in welchem der immer rascher ablaufende Prozeß ihres Zusammenwachsens der allgemeinen Erkenntnis zum Durchbruch verhelfe, daß die Menschheit

nur eine einzige Gattung, nur eine Spezies ist. Bahá'u'lláh rief die Völker der Welt auf, diese grundlegende Wahrheit zu akzeptieren und alle Schranken der Rasse, Nationalität und Kultur - die Hauptursachen der Kriege, die unsere Geschichte seit je begleiten - zu beseitigen. Nach Bahá'u'lláh gibt es keine Möglichkeit für einen Weltfrieden, solange das Grundprinzip der Einheit nicht anerkannt ist und in der Gestaltung der Gesellschaft Anwendung findet.

Daher ist die Bahá'í-Welt-gemeinde seit ihren Anfängen vor mehr als einem Jahrhundert geprägt durch die Integration der zahlreichen sie konstituierenden religiösen, rassischen, ethnischen, kulturellen, sprachlichen und nationalen Elemente. Zur Ehe zwischen Menschen unterschiedlicher ethnischer und kultureller Abstammung, insbesondere zwischen schwarzen und weißen Bahá'í, wird in den Bahá'í-Schriften sehr ermutigt. Um sicherzustellen, daß Angehörige solcher Gruppen, die in der Gesellschaft diskriminiert werden, nicht auch bei der Mitwirkung am Gemeindeleben behindert sind, enthalten die Bahá'í-Lehren administrative Grundsätze zur Überwindung von Benachteiligungen aus sozialer Ungleichheit. Etwa in Fällen der Stimmgleichheit bei einer Bahá'í-Gemeindewahl oder bei gleicher Qualifikation zweier Gläubiger für ein Amt wird grundsätzlich dem der Vorrang gegeben, der einen benachteiligten oder unterdrückten Teil der Gesellschaft repräsentiert.

Seit Anfang dieses Jahrhunderts sind die Bahá'í in Südafrika diesen Grundsätzen gefolgt. Nachdem die Apartheidsgesetze bei bestimmten örtlichen Vereinigungen, zu denen die gewählten Geistigen Räte der Bahá'í zählen, eine gemischt rassische Zusammensetzung untersagten, verzichteten die weißen Bahá'í auf das Recht, in diese Gremien gewählt zu werden, getreu dem Grundsatz, benachteiligten Bevölkerungsschichten den Vorzug zu geben. Mit Ausnahme dieser örtlichen entscheidungsbefugten Körperschaften, deren Mitgliedschaft ausdrücklich durch staatliches Recht eingeschränkt war, gab es bei Bahá'í-Zusammenkünften in Südafrika keine Rassenschranken. Diese Tatsache ist den Behörden wohlbekannt.

Neben ihrem Versuch, ein ermutigendes Beispiel für die Rassenintegration zu geben, hat sich die

Bahá'í-Gemeinde in Südafrika mit Nachdruck darum bemüht, im einzelnen Bahá'í-Grundsätze wie die Einheit der Menschheit zu verankern und ihm ein Selbstwertgefühl und soziale Verantwortung einzu- prägen. Parallel dazu wurde ein Programm durchgeführt, dessen Ziel es war, die Geistigen Räte in den Grundsätzen der Beratung und Problemlösung zu schulen. Die Ergebnisse dieser Bemühungen erfüllen die Bahá'í mit besonderem Stolz, da so den schwarzen Gläubigen die höchsten Ämter der Gemeinde durch Wahl oder Ernennung eröffnet wurden.

Dieser historische Hintergrund unterstreicht die Überzeugung der Bahá'í, daß es zur Lösung von Konfliktsituationen wie der in Südafrika der Kraft des Beispiels bedarf. Ein grundlegender Wandel im sozialen Verhalten wird am ehesten dann erreicht, wenn die entsprechenden geistigen und moralischen Grundsätze mutig vorgelebt werden und wenn Männer und Frauen guten Willens sehen können, wie andere sich erfolgreich bemühen, diesen Idealen in ihrem persönlichen Leben wie in der Gemeinschaft praktischen Ausdruck zu verleihen.

Das System der Apartheid verstößt gegen die Menschenwürde; es erweckt daher in den Menschen aller Nationen und Kulturen tief empfundene Abscheu. Bahá'í teilen dieses Gefühl in besonderem Maße. Doch ist die daraus erwachsende moralische Herausforderung inzwischen zutiefst mit parteipolitischen Interessen vermischt. Diese Verflechtung ist so vollkommen, daß beide Aspekte des Konflikts nicht mehr voneinander getrennt werden können: Sozialer Protest aus moralischer Empörung hat den Charakter politischer Aktionen angenommen.

Unter der Voraussetzung des Freund-Feind-Verhältnisses, das die politischen Traditionen in aller Welt bestimmt, ist dies nur folgerichtig. Aber politische Aktionen ohne die Bedingung wirklicher Beratung, in der Parteiinteressen den Interessen des Ganzen untergeordnet werden, können für sich allein bei so ernsten Problemen, wie sie Südafrika erschüttern, keine dauerhafte Lösung bringen. Doch unabhängig davon, wie schwierig die Aufgabe und wie entmutigend die derzeitige Lage auch sei, jene Teile der südafrikanischen Bevölkerung, die in der völligen Integration die zentrale Aufgabe sehen,

stehen vor der Herausforderung, durch gemeinsame Anstrengungen solche Bedingungen zu schaffen.

Dies ist eine moralische Pflicht; sie ist so dringlich wie jede andere, die Menschen guten Willens motiviert, Südafrika von seiner schrecklichen Last zu befreien.

Die Bahá'í sind durch die Lehren ihres Glaubens gehalten, sich jeder parteipolitischen Aktivität und jeder Beteiligung an Unruhen zu enthalten. Dies gilt unabhängig davon, ob es sich um Reaktionen auf rassische Unterdrückung wie in Südafrika handelt oder ob sich der Widerstand gegen die verbreiteten Versuche wendet, das Volk zu spalten und zu schwächen, sei es durch Verfolgung der Religion, die Unterdrückung der Frau, oder die Verweigerung politischer Freiheit. Schmerzliche Erfahrungen unter all diesen Bedingungen haben in den Bahá'í die Gewißheit wachsen lassen, daß die Menschheit lernen kann, wie eine Familie zu leben, und daß die Kräfte der Geschichte unsere Gattung heute rasch in diese Richtung drängen. Der Druck dieser Gewalten ist unausweichlich; selbst Südafrika wird schließlich darauf eingehen müssen. In welcher Art und wie rasch dies geschieht, hängt ebenso sehr von geistigen und moralischen Bedingungen ab wie von ökonomischen und politischen.

Vor Gott  
gibt es keine Weißen und Schwarzen.  
Alle Farben sind eins,  
sie alle sind  
die Farbe des Dienstes  
für Gott.

Wichtig ist das Herz.  
Ist das Herz rein,  
so sind weder weiß, noch schwarz,  
noch eine andere Farbe  
von Bedeutung.

Gott  
sieht nicht auf die Farbe;  
Er sieht auf das Herz.  
'Abdu'l-Bahá

(Promulgation, S. 44)

(aus Bahá'í-Briefe Nr. 52) 1984